


Per Gesetz gegen Wachstum

Zeitarbeit. Das Beschäftigungswachstum der Zeitarbeitsbranche legt schon seit Jahren eine Pause ein. Ein Grund dafür ist die zunehmende Regulierung. Die aktuellen Pläne der Großen Koalition bedrohen nicht nur die Branche selbst, sondern auch die Funktionsfähigkeit des gesamten Arbeitsmarktes. 

Die Beschäftigung in der Zeitarbeit ist über viele Jahre stärker gewachsen als in anderen Branchen. Insbesondere die Deregulierungen durch das Hartz-I-Gesetz 2003 haben der Zeitarbeit gutgetan. Weil die Nachfrage nach Zeitarbeitern stark von der Konjunktur abhängt, gab es

im Krisenjahr 2009 zwar einen Dämpfer. Doch der Verlust von rund 135.000 Stellen konnte schon im nächsten Jahr wieder ausgeglichen werden. Seit 2011 geht die Beschäftigtenzahl jedoch zurück (Grafik Seite 2). Neben dem schwachen Wirtschaftswachstum könnte der

Grund dafür auch in der zunehmenden Regulierung liegen:

- Seit 2011 muss Zeitarbeit „vorübergehend“ sein. Was das konkret heißt, haben jedoch weder der Gesetzgeber noch die Rechtsprechung eindeutig formuliert – diese Unsicherheit lähmt Kunden und Zeitarbeitsunternehmen gleichermaßen.
- Im selben Jahr ermöglichte der Gesetzgeber speziell für die Zeitarbeitsbranche Mindestlohntarifverträge – und die können für allgemeinverbindlich erklärt werden.
- Auf Druck des Arbeitsministeriums schlossen die Tarifpartner 2012 und 2013 Ergänzungstarifverträge ab. Demnach bekommen Zeitarbeiter nach Einsatzzeiten gestaffelte Zuschläge von bis zu 50 Prozent.

Diese tarifliche Lösung des Prinzips „gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ reicht der Bundesregierung jedoch nicht aus. Sie will gesetzlich festlegen, dass Zeitarbeitnehmer nach einer Frist von neun Monaten denselben Lohn wie vergleichbare Beschäftigte erhalten müssen, ohne dass ein Tarifvertrag Abwei- →

Zeitarbeit: Helfer ziehen den Kürzeren

Wenn Zeitarbeitnehmer künftig nach neun Monaten denselben Lohn wie Stammbeschäftigte erhalten und sich Zeitarbeit dadurch verteuert, dann würden so viel Prozent der Unternehmen, in denen Zeitarbeiter eingesetzt werden, wie folgt reagieren

	FACHKRÄFTE	HELFER
Andere Zeitarbeitnehmer anfordern	34,1	47,8
Zeitarbeitnehmer weiter einsetzen	45,9	33,9
Funktion auslagern oder aufgeben	32,1	29,3
Andere Mitarbeiter einstellen	37,3	27,4
Zeitarbeitnehmer übernehmen	41,7	26,2
Betrifft uns nicht	13,5	16,2

Mehrfachnennungen; Unternehmen: mit Beschäftigtenzahl gewichteter Anteil der Zeitarbeit nutzenden Unternehmen; Befragung von 402 Unternehmen, die Zeitarbeiter einsetzen, im Jahr 2014
 Quelle: IW-Personalpanel

 Institut der deutschen
 Wirtschaft Köln

© 2015 IW Medien · iwkd 13

Inhalt

Geldpolitik. Obwohl die Europäische Zentralbank seit 2007 sehr viel Geld in den Markt pumpt, sinkt das Kreditvolumen der Unternehmen.
 Seite 3

Drei-Länder-Reformbarometer. Weder Deutschland noch Österreich oder die Schweiz haben 2014 eine zukunftsweisende Wirtschaftspolitik gemacht.
 Seite 4-5

Wohngeld. Da der staatliche Zuschuss zum Wohnen für einkommensschwache Haushalte schon lange nicht mehr angehoben wurde, gibt es ab 2016 mehr Geld.
 Seite 6-7

Fahrradindustrie. Für die deutschen Hersteller von Fahrrädern und Behindertenfahrzeugen war 2014 ein schwieriges Jahr: Der Umsatz der Branche sank um 7 Prozent auf 860 Millionen Euro.
 Seite 8

 Institut der deutschen
 Wirtschaft Köln

Präsident:
 Arndt Günter Kirchoff
Direktor:
 Professor Dr. Michael Hüther
Mitglieder:
 Verbände und Unternehmen
 in Deutschland

→ chendes bestimmen kann. Dieses gesetzliche „Equal Pay“ ist nicht nur weniger differenziert als die tarifliche Lösung, sondern torpediert auch die Tarifautonomie.

Fraglich ist zudem, ob den Zeitarbeitnehmern damit geholfen wäre. Eine Befragung im Rahmen des IW-Personalpanels im Jahr 2014 ergab zwar, dass die meisten Unternehmen ihre zeitarbeitenden Facharbeiter trotz höherer Vergütung weiter beschäftigen oder teilweise sogar übernehmen würden.

Bei den Helfern, die rund die Hälfte der Zeitarbeitnehmer stellen, sieht die Sache jedoch ganz anders aus (Grafik Seite 1):

Fast die Hälfte der Unternehmen würde ihre zeitarbeitenden Helfer vor Ablauf der Neunmonatsfrist durch andere Zeitarbeitnehmer ersetzen. Und 30 Prozent der Betriebe würden die Aufgabenbereiche dieser Zeitarbeiter auslagern oder gar aufgeben.

Damit würde diesen Mitarbeitern die Möglichkeit genommen, über einen längeren Zeitraum von Zu-

schlagstarifen zu profitieren. Außerdem würden sich ihre Chancen verringern, betriebspezifische Kenntnisse zu sammeln und sich so für eine Übernahme zu empfehlen.

Die Große Koalition will sogar noch einen draufsetzen und die maximale Dauer, für die ein Zeitarbeitnehmer in einem Unternehmen eingesetzt werden darf, auf 18 Monate begrenzen.

Dieser Plan erstaunt, denn die Begründung, mit der die rot-grüne Bundesregierung 2003 die zeitliche Befristung abgeschafft hat, war logisch: Solch eine Regelung sei überflüssig, schließlich habe der Gesetzgeber das „Equal Treatment“ eingeführt. Damit war und ist gemeint, dass Zeitarbeiter – sofern tarifvertraglich nichts anders vereinbart wird – in Deutschland dieselben Arbeitsbedingungen haben müssen wie die Stammbeslegschaft des Betriebs, in dem sie eingesetzt werden.

Zwar werden die meisten Zeitarbeitnehmer ohnehin nur kurzfristig eingesetzt, aber immerhin bis zu 20

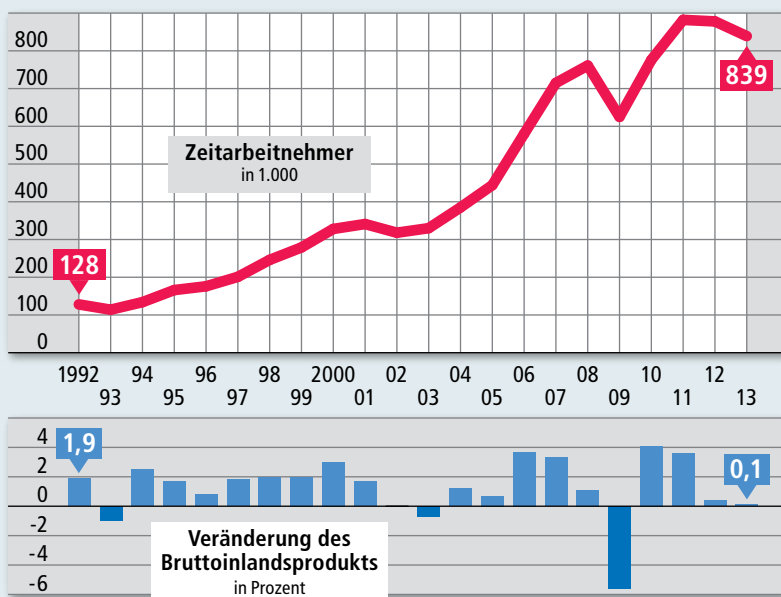
Prozent von ihnen sind länger im Kundenbetrieb beschäftigt als die von der Bundesregierung willkürlich festgelegten 18 Monate.

Dies gilt vor allem für Spezialisten wie Ingenieure, die für Projekte oder Produktentwicklungen eingesetzt werden. Auch eine Elternzeitvertretung dauert mitunter länger als 18 Monate. Und ein mögliches Recht auf befristete Teilzeit dürfte die Nachfrage nach längeren Zeitarbeitseinsätzen ebenfalls erhöhen.

Die Pläne der Bundesregierung verpassen der Zeitarbeitsbranche also eine gesetzlich verordnete Schrumpfkur. Nötig wäre stattdessen das Gegenteil, insbesondere die Möglichkeit, mehr Fachkräfte als Zeitarbeiter einzusetzen und so die Branche qualitativ weiterzuentwickeln. Werden die Regulierungen wie geplant umgesetzt, widerspricht das zudem den Vorgaben der EU. Denn in der Brüsseler Logik ist die Zeitarbeit ein ganz normaler Bestandteil des Arbeitsmarktes.

Und schließlich hätten die neuen Regeln auch negative Rückwirkungen auf den allgemeinen Arbeitsmarkt. Denn erstens führt Zeitarbeit zu höherer Wettbewerbsfähigkeit jener Unternehmen, die diese Beschäftigungsform nutzen; zweitens verbessert sie den Ausgleich von Angebot und Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt; und drittens ist sie für Menschen, die schon seit Jahren arbeitslos sind oder andere Benachteiligungen haben, oft der einzige Weg in einen Job.

Zeitarbeit geht mit der Konjunktur



Quellen: Bundesagentur für Arbeit, Statistisches Bundesamt

Institut der deutschen Wirtschaft Köln


© 2015 IW-Medien - Iwd 13

i aus IW-Trends 1/2015

Holger Schäfer: Die Zukunft der Zeitarbeit zwischen Re-Regulierung und qualitativer Weiterentwicklung

iwkoeln.de/zeitarbeit

Viel Aufwand, wenig Wirkung

Geldpolitik. Mit einer wahren Geldflut versucht die Europäische Zentralbank seit Jahren, nicht nur die stockende Kreditvergabe der Banken untereinander wiederzubeleben, sondern vor allem die Kredite an private Haushalte und Unternehmen anzukurbeln. Eine IW-Studie zeigt, dass die EZB von diesen drei Zielen bislang nur eines erreicht hat. 

„Money makes the world go round“, behauptete Liza Minelli 1972 in der Verfilmung des Musicals „Cabaret“ und hält man sich an die wörtliche Übersetzung, dann stimmte diese Aussage immerhin 35 Jahre lang.

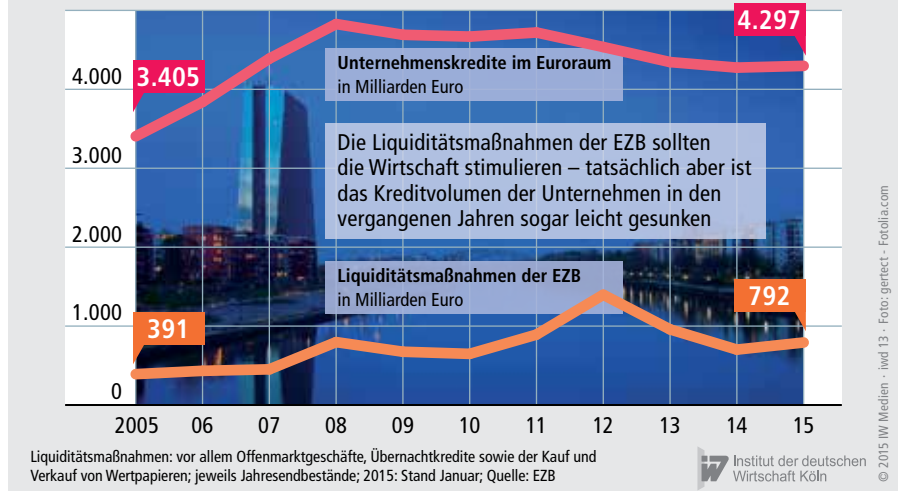
Im Jahr 2007 aber schien die Welt plötzlich stillzustehen: Weil sich die Banken wegen der Finanzkrise schon untereinander kein Geld mehr liehen, brach auch die Kreditvergabe an die privaten Haushalte und an die Unternehmen ein – doch ohne Kredite läuft in der Wirtschaft nichts.

Rund um den Globus reagierten die Notenbanken – auch die Europäische Zentralbank (EZB) – zunächst mit einer Senkung der Leitzinsen auf historisch niedrige Niveaus. Weil das jedoch nicht den gewünschten Effekt brachte, begann die EZB mit ihren liquiditätssteigernden Maßnahmen – im Klartext: sie druckte Geld, viel Geld.

Die von der EZB in den Markt gepumpte Liquidität erhöhte sich von 452 Milliarden Euro im Jahr 2007 auf 1,4 Billionen Euro im Jahr 2012.

Die Antwort auf die Frage, ob die Währungshüter damit ihre Ziele erreicht haben, hängt davon ab, welche Gruppe man betrachtet:

EZB-Geldflut kommt bei den Unternehmen nicht an



Der Interbankenmarkt, also die Kreditvergabe der Banken untereinander, ist durch die EZB-Geldflut tatsächlich wieder genesen. Rein technisch heißt das, dass der geldpolitische Transmissionsmechanismus wieder funktioniert: Mehr Liquidität führt zu mehr Krediten und umgekehrt.

Gut zu beobachten war dieser Zusammenhang im Jahr 2013, als die EZB das Volumen ihrer Liquiditätsmaßnahmen um fast ein Drittel auf 958 Milliarden zurückfuhr und in der Folge auch der Bestand der zwischen den Banken vergebenen Kredite von 117 auf 98 Milliarden Euro zurückging.

Die Kredite an private Haushalte folgten bis zur Finanzkrise dem üblichen Muster: Erhöhte die Notenbank die Liquidität, stieg auch das Kreditvolumen, wenn auch mit einer Verzögerung von etwa einem Jahr.

Im Zeitraum 2008 bis 2012 funktionierte dieser Mechanismus allerdings nicht, denn die Geschäftsbanken gaben das EZB-Geld nicht an die Haushalte weiter. Danach hat

sich das Ganze zwar wieder normalisiert, jedoch reagiert die private Kreditnachfrage seitdem etwas schwächer auf die Geldpolitik als vor der Krise.

Die Kredite an Unternehmen reagieren ebenfalls nicht mehr so, wie das die Geldpolitiker wollen – noch dazu besteht diese Störung des Geldkreislaufs schon länger und fällt auch stärker aus als bei den privaten Haushalten (Grafik):


Bereits seit 2008 führen die Liquiditätsmaßnahmen der EZB nicht mehr zu einer Ausweitung des Kreditvolumens der Unternehmen – mit Ausnahme von 2011 ist das Volumen seitdem in jedem Jahr gesunken.

Es bleibt also abzuwarten, ob der jüngste EZB-Schritt – seit März kauft sie jeden Monat für 60 Milliarden Euro Staatsanleihen – an diesem Trend etwas ändert.

aus IW-Trends 1/2015

Daniel Bendel: Die Effektivität der EZB-Liquiditätsmaßnahmen zur Steigerung der Kreditgeschäfte im Euroraum
iwkoeln.de/liquiditaet

Tendenz fallend

Drei-Länder-Reformbarometer. Sowohl Deutschland als auch Österreich und die Schweiz haben 2014 den nötigen Elan für eine zukunftsweisende Politik vermissen lassen. Selbst wenn es weitreichende Pläne oder Beschlüsse gab, waren diese oft kontraproduktiv. Das galt für die Rentenreformen in Deutschland und der Schweiz sowie für das Steuererhöhungspaket in Österreich. 

Eine gute Wirtschaftspolitik kurzelt das Wachstum an und schafft mehr Beschäftigung. Inwieweit dies in Deutschland, Österreich und der Schweiz tatsächlich gelingt, zeigt das D A CH-Reformbarometer. Mit diesem Indikator nehmen das Institut der deutschen Wirtschaft Köln (IW), die Wirtschaftskammer Österreich und Avenir Suisse seit 2002 die Politik der drei Länder unter die Lupe.

Ihr Befund für 2014 fällt nicht gut aus (Grafik Seite 5):

Für Deutschland wies das Reformbarometer Ende 2014 mit 111,2 Punkten fast 1 Punkt weniger aus als zu Jahresbeginn. In Österreich und der Schweiz ging es leicht abwärts.

Maßgeblich dafür waren im Einzelnen folgende Entwicklungen:

Deutschland. Im Juli 2014 trat die Rentenreform in Kraft, mit der die Große Koalition zwei sozialpolitische Wahlversprechen umsetzte – die Mütterrente und die Rente mit 63. Beide Projekte bürdeten den jüngeren Beitragszahlern allerdings erhebliche Zusatzlasten auf (vgl. iwD 7/2014). Im vergangenen Sommer wurde auch der gesetzliche Mindestlohn beschlossen – dessen beschäftigungspolitische Folgen skeptisch zu betrachten sind. Entsprechend sackte das Reformbarometer für Deutschland innerhalb von nur zwei Monaten um 1,7 Punkte ab.

Zum Jahresende hin ist das Barometer dann wieder gestiegen – bei einigen Teilindikatoren gab es Pluspunkte (Grafik). Im Bereich Steuern und Finanzen wirkte sich die Vorlage des ersten ausgeglichenen Bundeshaushalts seit 1969 vorteilhaft aus. Und der Teilindikator „Wettbewerb und Innovation“ wurde von der Leistungs- und Finanzierungsvereinbarung II beflügelt. Dahinter steckt die Einigung über die Finanzierung der Schieneninfrastruktur bis 2019, die unter anderem die Bundesmittel für diesen Verkehrssektor deutlich erhöht.

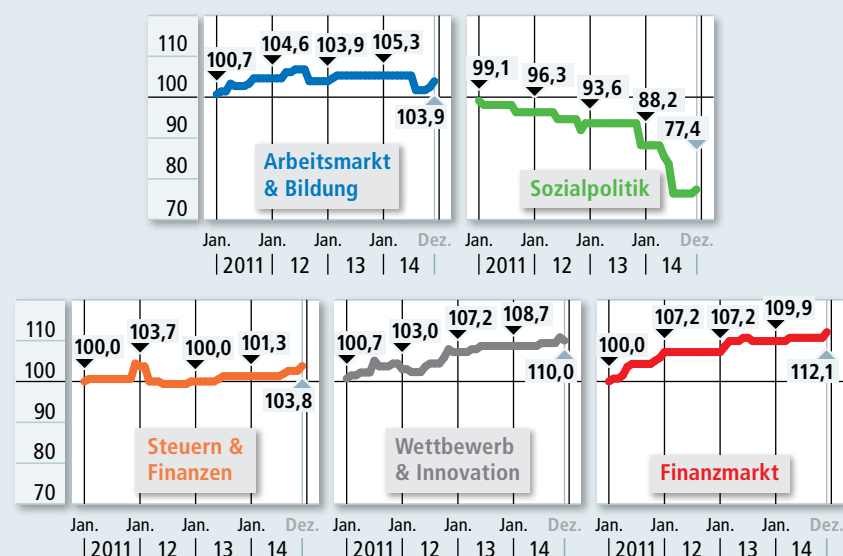
Einen Satz nach oben machte das Barometer zum Jahresende auch im Bereich Arbeitsmarkt und Bildung. Das lag zum einen an der Vorlage des Tarifeinheitsgesetzes, mit dem die Bundesregierung ein Nebeneinander konkurrierender Tarifverträge in einem Betrieb verhindern will. Für einen höheren Punktstand sorgte auch die Aufhebung des Kooperationsverbots in der Bildungspolitik. Künftig können Bund und Länder die Forschung und Lehre an Hochschulen unbefristet gemeinsam planen und finanzieren.

Diese vereinzelt Fortschritte ändern aber nichts daran, dass von einem echten Reform-Elan in Deutschland nichts zu sehen ist – obwohl Berlin genau solche Anstrengungen seit Jahren von den europäischen Partnern fordert.

Österreich. Die Richtung für das Reformbarometer gab hier das Abgabenänderungsgesetz vor – ein Bündel von Steuererhöhungen, die die Österreicher mehr als 1 Milliarde Euro kosten. Unter anderem steigen

D A CH-Reformbarometer: Deutschland im Detail

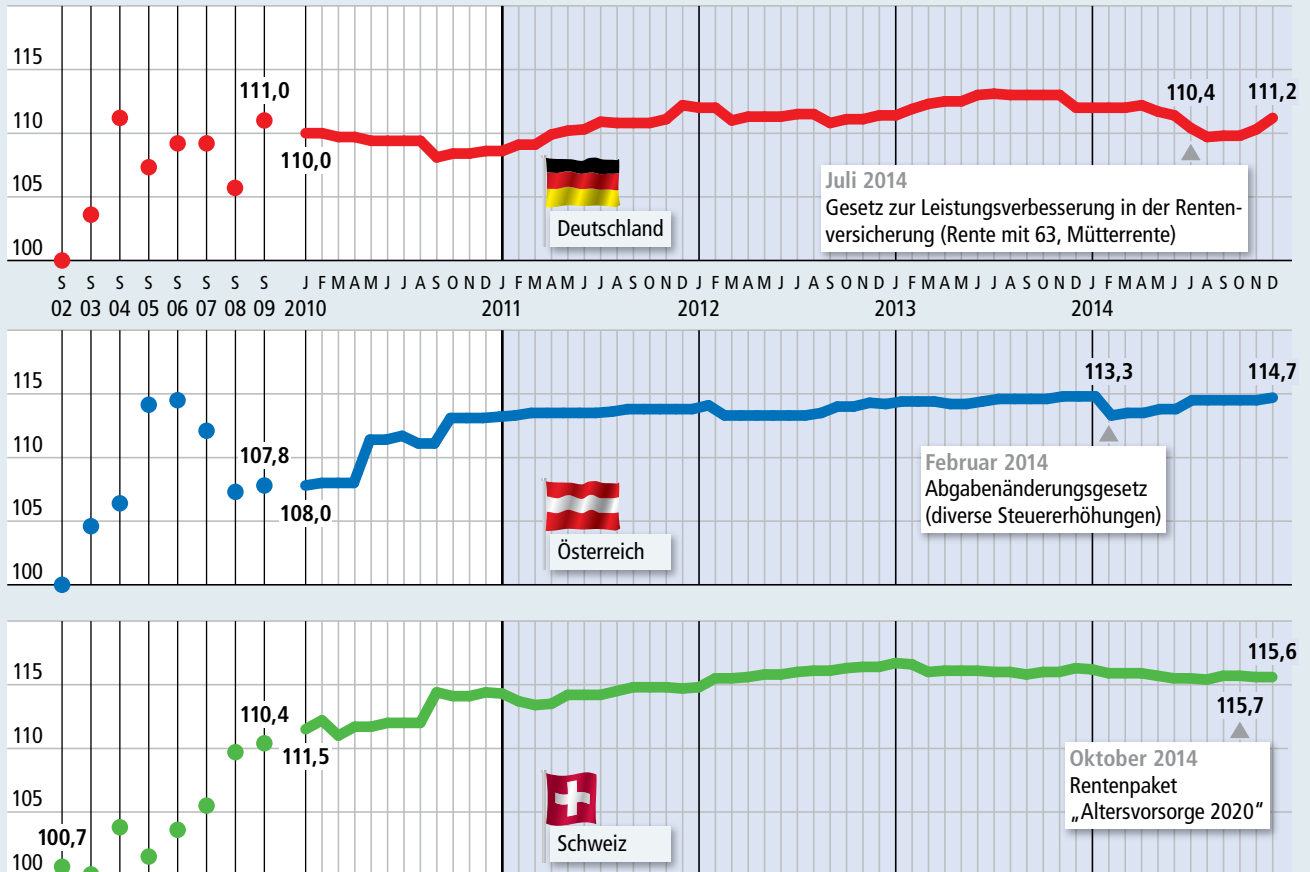
1. Januar 2011 = 100, Werte über 100: Verbesserung, Werte unter 100: Verschlechterung



D A CH-Reformbarometer: Deutliche Rückschläge

Das D A CH-Reformbarometer beurteilt, inwieweit politische Reformvorhaben die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen in Deutschland, Österreich und der Schweiz verändert haben. Seit September 2002 werden Reformen in der Arbeitsmarktpolitik, der Sozialpolitik sowie der Steuer- und Finanzpolitik bewertet. Seit Januar 2011 werden zudem die Bereiche Bildungs-, Wettbewerbs-, Infrastruktur-, Innovations- und Finanzmarktpolitik berücksichtigt.

1. September 2002 = 100, Werte über 100: Verbesserung, Werte unter 100: Verschlechterung



Quellen: Institut der deutschen Wirtschaft Köln, Wirtschaftskammer Österreich, Avenir Suisse

Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

© 2015 IW Medien - Iwd13

die Kfz- und Versicherungssteuer, die Abzugsfähigkeit von Zinsen und Lizenzgebühren wird eingeschränkt.

Insgesamt mangelt es in Österreich an systematischen Reformen der staatlichen Strukturen: Viel Geld wird ineffizient verwendet und immer weniger Mittel stehen für wichtige Aufgaben wie Bildung, Forschung und Entwicklung sowie die Infrastruktur zur Verfügung. Das schwächt die internationale Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft.

Schweiz. Bei den Eidgenossen wurde das Reformbarometer 2014 vor allem von zwei Maßnahmen beeinflusst. Negative Wirkung zeigte die vorgeschlagene Rentenreform,

die zwar die große Finanzierungslücke in der staatlichen Altersvorsorge verkleinern würde, aber die notwendige Anhebung des Rentenalters fast vollständig ausklammert.

Etwas besser fällt das Urteil über die Reformpläne zu den Unternehmenssteuern aus. Zwar muss die Schweiz unter dem Druck der EU und der G20-Staaten Privilegien für multinationale Unternehmen abschaffen. Die Reform versucht jedoch, den Attraktivitätsverlust für den Wirtschaftsstandort Schweiz zu minimieren.

Festzuhalten ist allerdings, dass für die Schweizer Wirtschaft zuletzt vor allem Ereignisse prägend waren,

die das Reformbarometer gar nicht abbildet. Hierzu gehört zum Beispiel der Erfolg der Volksinitiative „Gegen die Masseneinwanderung“ im Februar 2014, auf den die Politik ziemlich ratlos reagierte. Wie groß der Grad der Unsicherheit in der Schweizer Wirtschaftspolitik derzeit ist, zeigt auch die plötzliche Aufhebung des Euro-Mindestkurses durch die Schweizer Nationalbank Anfang dieses Jahres.

i Thomas Puls, Robert Koza, Marco Salvi: Das D A CH-Reformbarometer 2015 – Reformpolitik in Deutschland, Österreich und der Schweiz iwkoeln.de/dach-2015

Ab nächstem Jahr gibt's mehr

Wohngeld. Wer besonders wenig verdient, erhält in Deutschland einen Zuschuss zu den Wohnkosten. Die letzte Erhöhung des Wohngelds liegt allerdings schon einige Jahre zurück. Jetzt hat die Bundesregierung beschlossen, dass es ab Anfang 2016 mehr Geld geben soll. Auch die Zahl der Wohngeldberechtigten dürfte deutlich zunehmen.

Vielerorts steigen die Mieten rasant, die Nebenkosten ebenfalls. Doch das Wohngeld, das einkommensschwachen Personen zusteht, ist seit 2009 nicht erhöht worden. Das soll sich Anfang 2016 ändern, denn das Bundeskabinett hat vor wenigen Tagen einen Gesetzentwurf zur Erhöhung des Wohngelds ab kommendem Januar beschlossen. Damit kommen Union und SPD der im Koalitionsvertrag beschlossenen Vereinbarung nach, die Leistungen des Wohngelds zu verbessern.

Das Wohngeld ist eine sozialpolitische Leistung für einkommensschwache Haushalte (vgl. Kasten). Als originäres wohnungsmarktpolitisches Instrument grenzt es sich von der Grundsicherung – also Arbeitslosengeld II oder Hilfe zum Lebensunterhalt – dadurch ab, dass es nicht dazu dient, das Existenzminimum sicherzustellen, sondern zu gewährleisten, dass die Miet- bzw. Wohnkosten gezahlt werden können. Da Wohngeld keine verzerrenden Wirkungen auf die Preisentwicklung am

Wohnungsmarkt hat und nur an Personen ausgezahlt wird, die wirklich darauf angewiesen sind, gilt diese Leistung als sehr treffsicher und konsistent.

Grundsätzlich ist das Wohngeld so konzipiert, dass die Miet- bzw. Wohnkostenbelastung der Haushalte, die wohngeldberechtigt sind, zumutbar bleibt. Dies ist derzeit vor allem in vielen Großstädten nicht mehr gewährleistet. Zwar werden regionale Mietunterschiede durch sechs Mietstufen berücksichtigt, die sich in gestaffelten Höchstbeträgen niederschlagen – jedoch sind diese schon lange nicht mehr aktuell.

Aufgrund des Reformstaus verliert das Wohngeld deshalb Jahr für Jahr an Reichweite und an Zielgenauigkeit:

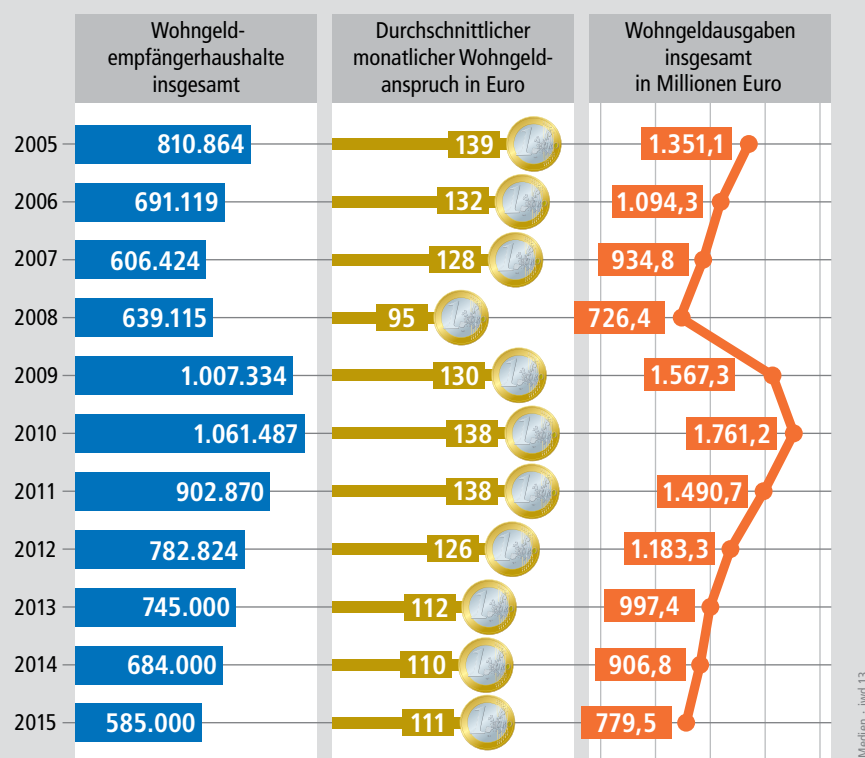
Erstens deshalb, weil sich Wohnungsmärkte regional völlig unterschiedlich entwickeln, sodass nicht alle Wohngeldbezieher gleichermaßen von dieser Leistung profitieren.

Zweitens erfährt das Wohngeld jedes Jahr einen inflationsbedingten Kaufkraftverlust.

Und drittens schrumpft die Zahl der Empfänger durch einen Fehler im System: Da die Regelsätze der Grundsicherung – im Gegensatz zum Wohngeld – seit dem Jahr 2009 jährlich automatisch angehoben werden, wechseln jedes Jahr zwangsläufig Tausende private Haushalte vom Wohngeldbezug in die Grundsicherung.

Hinzu kommt, dass dem Thema Wohngeld in der Öffentlichkeit vergleichsweise wenig Beachtung geschenkt wird. Das liegt vor allem daran, dass diese Transferleistung

Wohngeld: So ist es heute



2005 bis 2012: Tatsächliche Wohngeldempfänger gemäß Wohngeldstatistik;
2013 bis 2015: IW-Schätzung bzw. -Prognose; Quelle: Statistisches Bundesamt

Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

© 2015 IW Medien · iwd 13

zwar für bedürftige, aber nicht für die ganz armen Bevölkerungsgruppen gedacht ist, die erfahrungsgemäß eine höhere mediale Aufmerksamkeit genießen. Auch quantitativ ist die Kluft zwischen diesen beiden Gruppen groß (Grafik Seite 6):

Im Jahr 2013 bezogen 745.000 Haushalte Wohngeld von insgesamt knapp 1 Milliarde Euro – dagegen erhielten 3,9 Millionen Haushalte eine Wohnkostenübernahme im Rahmen der Grundsicherung, was insgesamt 15,6 Milliarden Euro kostete.

Da ohne Reform die Zahl der Wohngeldempfänger bis 2017 voraussichtlich unter eine halbe Million sinken würde, da die Bezieher sukzessive vom Wohngeldbezug in die Grundsicherung rutschen, hat das Bundeskabinett nun die Erhöhung des Wohngelds beschlossen. Im Zuge der Reform werden ab 2016 zum einen die Leistungen und Höchstbeträge angehoben, sodass unter anderem der Anstieg der Heizkosten berücksichtigt wird. Zum anderen werden die Mietstufen in den Städten und Gemeinden neu geordnet.

Laut einer Berechnung des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln (IW) im Auftrag des Bundesbaumi-

Wohngeld: So wird es künftig sein

im Jahr 2016	Empfänger		Wohngeldausgaben in Millionen Euro	
	Ohne Reform	Mit Reform	Ohne Reform	Mit Reform
Reine Wohngeldhaushalte	475.000	790.000	609,7	1.308,6
Mischhaushalte	66.000	76.000	129,1	147,7
Insgesamt	541.000 mit durchschnittlich 114 Euro Wohngeld pro Monat	866.000 mit durchschnittlich 140 Euro Wohngeld pro Monat	738,8	1.456,3

Mischhaushalte: Haushalte, in denen wohngeldberechtigte und vom Wohngeld ausgeschlossene Familien- oder Haushaltsmitglieder, die Leistungen der Grundsicherung erhalten, zusammenleben
Quelle: IW-Berechnungen

 Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

© 2015 IW Medien - iwed13

nisteriums wird die Unterstützung dadurch massiv ausgebaut (Tabelle):

Aufgrund der Reform wird die Zahl der Wohngeldempfänger bereits im Jahr 2016 um rund 325.000 (plus 60 Prozent) steigen, die Wohngeldausgaben werden sich sogar nahezu verdoppeln – auf knapp 1,5 Milliarden Euro.

Wie viel mehr ein einzelner Haushalt infolge der Wohngeldreform erhält, ist unterschiedlich. Für reine Wohngeldhaushalte – also solche, deren Mitglieder alle Wohngeld und keine anderen wohnspezifischen Zuschüsse erhalten – und die bereits heute wohngeldberechtigt sind, wird der Wohnkostenzuschuss ab kommendem Jahr um durchschnittlich

64 Euro auf 160 Euro im Monat steigen. Wer Kinder hat, erhält zudem höhere Zuschläge: Reine Wohngeldhaushalte mit Kindern werden künftig durchschnittlich 88 Euro monatlich mehr erhalten, reine wohngeldberechtigte Haushalte ohne Kinder 53 Euro mehr.

Für alle reinen Wohngeldhaushalte, die es ab Januar 2016 aufgrund der Reform insgesamt geben wird, wird der monatliche Wohnkostenzuschuss durchschnittlich 130 Euro pro Monat betragen.

Insgesamt rechnet das IW Köln mit 237.000 neuen Wohngeldempfängern. Außerdem werden rund 44.000 Hartz-IV-Haushalte sowie weitere 33.000 Haushalte, die bisher auf die Grundsicherung im Alter angewiesen waren, sowie 9.000 Mischhaushalte ins Wohngeldsystem wechseln.

Damit aufgrund der Systemschwächen in Zukunft nicht wieder Zigtausende ungewollt aus der Wohngeldförderung herausfallen, müsste das Wohngeld allerdings regelmäßig innerhalb kurzer Zyklen angepasst werden. Am besten geeignet wären eine gesetzlich verankerte Wohngeld-Indexierung und die Neufestlegung der Mietstufen in einem festen, zeitnahen Rhythmus.

Das Wohngeld

Beim 1965 eingeführten Wohngeld handelt es sich um einen staatlichen Zuschuss, auf den Geringverdiener, Arbeitslosengeld-I-Empfänger und Rentner mit geringen Einkünften einen Anspruch haben. Die letzten Wohngeld-Reformen fanden 1990, 2002 und 2009 statt.

Mithilfe des Transfers sollen die Bezieher ihre Miete oder die Kosten einer selbst genutzten Wohnimmobilie bezahlen können. Vom Wohngeld ausgenommen sind Hartz-IV-Bezieher, denn ihre Unterkunftskosten sind im jeweiligen Arbeitslosengeld II bereits berücksichtigt.

Wie hoch das Wohngeld ausfällt, hängt davon ab, wie viele Personen in dem Haushalt leben und wie hoch das Einkommen und die Miete bzw. die monatliche Belastung für die Wohnimmobilie sind. Auch das lokale Mietniveau wird durch sogenannte Höchstbeträge berücksichtigt. Das Wohngeld muss bei der Kommune beantragt werden, die Kosten übernehmen Bund und Länder je zu Hälfte.

Eine Acht im Rad

Fahrradindustrie. Für die deutschen Hersteller von Fahrrädern und Behindertenfahrzeugen war 2014 ein schwieriges Jahr. Das soll 2015 angesichts der Konsum- und Reiselaune der Bundesbürger besser werden.

Das Jahr 2014 lief alles andere als rund (Grafik):

Der Umsatz der stark mittelständisch geprägten Fahrradbranche sank im vergangenen Jahr um 7 Prozent auf 860 Millionen Euro.

In- und Auslandsmarkt schrumpften fast im Gleichklang, wobei der Absatz von Rädern und Behindertenfahrzeugen in der Eurozone sogar um 14,5 Prozent sank, während die übrigen Auslandsmärkte um annähernd 10 Prozent zulegten.

Auch ging die Zahl der Betriebe mit mindestens 50 Angestellten im Jahr 2014 von 21 auf 19 zurück. Sie beschäftigten im vergangenen Jahr insgesamt gut 3.700 Mitarbeiter. Außerdem gab es in der Branche zuletzt

24 Kleinbetriebe mit weniger als 50 Beschäftigten, die insgesamt rund 400 Arbeitsplätze boten.

Wie schwierig die Lage für die heimischen Hersteller momentan ist, zeigt sich beim größten deutschen Fahrradproduzenten Mifa. Nachdem ein indischer Investor einen Rückzieher gemacht hatte, musste das Unternehmen aus dem sachsenanhaltinischen Sangerhausen im vergangenen Herbst Insolvenz anmelden. Inzwischen hat der Insolvenzverwalter die Produktion wieder hochgefahren und ist mit potenziellen Investoren im Gespräch – die 600 Arbeitsplätze bleiben erst mal erhalten.

Dabei ist das Interesse der Deutschen am Radeln ungebrochen – schließlich besitzen 80 Prozent von ihnen ein Fahrrad. Der ADFC hat gerade erst die Fahrradfreundlichkeit deutscher Großstädte unter die Lupe genommen und die Studentenhochburg Münster vor Karlsruhe und Freiburg als radfreundlichste deutsche Großstadt ausgezeichnet.

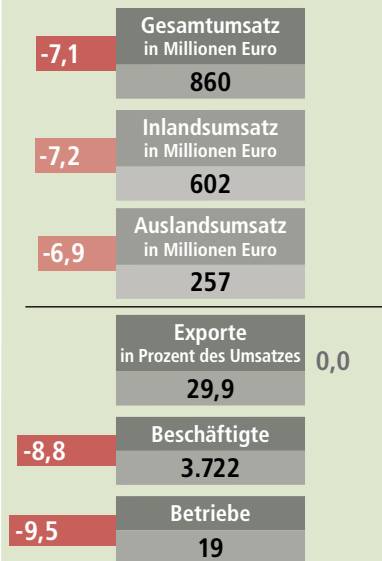
Auch der Fahrradtourismus wird für die Branche immer interessanter. Laut ADFC-Radreiseanalyse machten 2014 rund vier Millionen Deutsche eine Radreise mit mindestens drei Übernachtungen, fast ein Drittel davon unternahm sogar mehrere Velo-Reisen. Am liebsten stram-

Fahrradindustrie in Zahlen



Hersteller von Fahrrädern und Behindertenfahrzeugen im Jahr 2014 in Deutschland

■ Veränderung gegenüber 2013 in Prozent



Umsatz je Beschäftigten im Jahr 2014 in 1.000 Euro

Herstellung von Fahrrädern und Behindertenfahrzeugen	231,0
Verarbeitendes Gewerbe insgesamt	312,7

Beschäftigte und Betriebe: ab 50 Mitarbeitern;
Exporte in Prozent des Umsatzes;
Veränderung in Prozentpunkten
Ursprungsdaten:
Statistisches Bundesamt

Institut der deutschen
Wirtschaft Köln

© 2015 IW Medien - iwvd 13

pelten die Radurlauber entlang des Elberadwegs, gefolgt vom Main- und dem Donauweg.

Zudem nutzen die Fahrradfahrer von heute moderne Technik. Dank E-Bikes und Routenplanung per Navi oder Fahrrad-App können unliebsame Überraschungen auf den Touren vermieden werden: zum Beispiel steile Steigungen, an denen dem Radwanderer die Puste ausgeht.

Dieser Ausgabe liegt unsere Veröffentlichung „Wirtschaft und Unterricht“ bei.

Adressaufkleber

Impressum

Herausgeber:
Institut der deutschen Wirtschaft Köln

Chefredakteur: Axel Rhein
Stellv. Chefredakteur: Klaus Schäfer (verantwortlich)

Redaktion: Andreas Wodok (Textchef),
Berit Schmiedendorf, Sara Schwedmann,
Alexander Weber

Redaktionsassistentz: Ines Pelzer
Grafik: Michael Kaspers, Ralf Sassen
Telefon: 0221 4981-523, **Fax:** 0221 4981-504
E-Mail: iwvd@iwkoeln.de

Bezugspreis: € 9,01/Monat, zzgl. € 3,08
Versandkosten, inkl. Mehrwertsteuer,
Erscheinungsweise wöchentlich

Abo-Service: Therese Hartmann,
Telefon 0221 4981-443, hartmann@iwkoeln.de

Verlag: Institut der deutschen Wirtschaft
Köln Medien GmbH,
Postfach 10 18 63, 50458 Köln,
Konrad-Adenauer-Ufer 21, 50668 Köln
Telefon: 0221 4981-0, **Fax:** 0221 4981-445

Druck: Warlich Druck Meckenheim GmbH,
Meckenheim

Dem iwvd wird einmal monatlich
(außer Juli und Dezember)
„Wirtschaft und Unterricht“ beigelegt.

Rechte für den Nachdruck oder die elektro-
nische Verwertung über: lizenzen@iwkoeln.de
Rechte für elektronische Pressespiegel unter:
pressemonitor.de

iw.KÖLN.WISSEN
SCHAFFT KOMPETENZ.